Deutscher Bundestag **Drucksache 19/793**

19. Wahlperiode 16.02.2018

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Bruno Hollnagel, Steffen Kotré, Enrico Komning, Marc Bernhard, Uwe Witt, Dr. Michael Espendiller, Hansjörg Müller, Jürgen Braun, Dr. Birgit Malsack-Winkemann, Jörn König, Tino Chrupalla und der Fraktion der AfD

Europa im globalen Handelsraum

Auf dem World Economic Forum (WEF) in Davos widmete sich die geschäftsführende Bundeskanzlerin Merkel auch dem Thema Globalisierung und der Bedeutung Europas im globalen Handels- und Wirtschaftsraum. So erwähnte sie, dass die Eurokrise ein Ausdruck der Globalisierung sei, und dass viele Probleme „mit Blick auf große Länder wie China und Indien überhaupt nur in einer europäischen Kooperation, in der Europäischen Union, zu lösen“ (www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2018/01/2018-01-24-rede-merkel-davos.html) seien.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung zwischen Globalisierung und Eurokrise?
2. Welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung zwischen der globalen Finanzkrise sowie der Lehmann-Insolvenz und dem Euro?
3. Inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung einiger Ökonomen (Liikanen-Bericht, www.bafin.de/SharedDocs/Veroeffentlichungen/DE/Fachartikel/2012/fa_bj_2012_12_interview_roeseler_liikanen-report.html; www.sven-giegold.de/2012/liikanen-bericht-sinnvolle-vorschlage-zur-stabilisierung-des-finanzsystems-und-verbraucherschutz-im-blick/), der Euro sei angesichts der langsameren wirtschaftlichen Erholung der Eurozone einer schnellen Überwindung der globalen Finanzkrise abträglich gewesen?
4. Wie interpretiert die Bundesregierung das Ende der Lateinischen Münzunion (www.deutschlandfunk.de/vor-150-jahren-in-paris-wird-die-lateinische-muenzunion.871.de.html?dram:article_id=340546) – ebenfalls eine zwischenstaatliche Währungsunion – im Vergleich zum Euro-Währungsgebiet und der mutmaßlichen Ursächlichkeit der Globalisierung für die Eurokrise?
5. Welche konkreten zu lösenden Probleme sieht die Bundesregierung „mit Blick auf große Länder (…) nur in einer europäischen Kooperation“?
6. Bei welchen Problemen wird nach Kenntnis der Bundesregierung in Bezug auf große Länder wie China oder Indien eine Zusammenarbeit zur Lösung dieser Probleme auf nationaler Ebene abgelehnt?

7. Wie beurteilt die Bundesregierung die nach Ansicht der Fragesteller bestehende Gefahr, dass die EU mit ihrem Multi-Track Problem schwerfällig sein und nur eingeschränkt für die Mitgliedstaaten agieren könnte, und damit als Verhandlungspartner unattraktiv würde (Bundesaußenminister Sigmar Gabriel thematisierte das Multi-Track Problem der EU in seiner Grußadresse zu der Veranstaltung „Shaping our Future“ www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2018/01/02-2-bmaa-konferenz.html)?

Berlin, den 14. Februar 2018

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333